

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zwischenlager Atomkraftwerk Esenshamm (Unterweser)

Die E.ON Kernkraft GmbH hat als Betreiber des Atomkraftwerks Esenshamm beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) den Antrag auf Genehmigung eines dezentralen Zwischenlagers am Standort gestellt. Das Genehmigungsverfahren befindet sich zurzeit in der Auslegungsphase.

Aus den nunmehr einsehbaren Planungsunterlagen geht hervor, dass innerhalb des Betriebsgeländes Atommüll in bis zu 80 Castor-Behältern in einer 80 m langen, 27 m breiten und 23 m hohen Betonhalle gelagert werden soll. Diese Größe des beantragten Zwischenlagers entspricht nicht den zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vereinbarten Ausstiegsbedingungen. Sie präjudiziert eine Restlaufzeit, die mit 27 Betriebsjahren (ab 2005) den Atomkonsensvereinbarungen widerspricht. Die Konstruktion und Auslegung des Zwischenlagers gefährdet bei Unfällen die Bevölkerung.

Der Senat muss seiner Verantwortung für die Einhaltung des Atomkonsenses und zum Schutz der Gesundheit der Bremer Bevölkerung gerecht werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, sich am Genehmigungsverfahren für das Atommüll-Zwischenlager zu beteiligen und die Einhaltung der Atomkonsensvereinbarungen sowie höchstmögliche Sicherheitsstandards einzufordern.

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen